

# Angler geben sich mit neuen Regeln nicht zufrieden

Umweltminister versucht im Streit um Naturschutz zu schlichten: Angelverbote wird es nur „in kleinen Ausnahmen“ geben

VON CELIA BORM  
UND HEIKO RANDERMANN

**HANNOVER.** In der Debatte um die Zukunft der Flussfischerei hat Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) gestern im Landtag Entwarnung gegeben. Auf die Frage, ob es zu Angelverböten kommen werde, sagte der Minister: „Ich gehe davon aus, dass das wenn, dann nur in kleinen Ausnahmen der Fall sein wird. In der Regel wird das definitiv nicht der Fall sein.“ FDP und CDU hatten den Minister zuvor aufgefordert, eine Musterverordnung wieder zurückzunehmen. „Was Sie machen, Herr Minister, ist für uns Angler ein Tritt in den Hintern“, sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP, Gero Hocker.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Marcus Bosse hatte sich gestern sogar noch weiter aus dem Fenster gelehnt: „Es wird keine Angelverbote geben“, sagte

er im Zuge der Debatte. Der Umweltminister wollte diese Aussage auf Nachfrage aus der CDU-Fraktion so aber nicht bestätigen.

Hintergrund des Streits ist die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union (FFH-Richtlinie). Die Richtlinie soll ein ganzes Netz von Naturschutzgebieten in Europa schaffen – „Natura 2000“ genannt. Was idyllisch klingt, ist für Angler in Niedersachsen zum Reizwort geworden. Als im Sommer zur Erfüllung der FFH-Richtlinie eine neue Regelung verbreitet wurde, sahen sie ihr Hobby bedroht. Sie befürchten, dass mit den neuen Bestimmungen das Angeln an Flüssen in weiten Teilen des Landes unmöglich werden könnte.

Die Zuständigkeit für das Thema Angelverbot liegt bei den Landkreisen. Diese haben eine Musterverordnung vom Landesamt für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) und dem

Niedersächsischen Landkreistag bekommen. Und die gibt Regeln für Naturschutzgebiete vor. Da es sich aber um ein Muster handelt, können die unteren Naturschutzbehörden in Händen der Landkreise einzelne Punkte verhandeln. Zum Beispiel die Frage, ob das Nachtangeln oder das Anfüttern von Fischen künftig noch erlaubt sein werden. Umweltminister Wenzel sagte dazu: „Ich habe 20 Jahre kommunale Erfahrung, und ich habe großes Vertrauen darin, dass unsere Kommunen diese Arbeit anständig erledigen und dabei alle Betroffenen, jeden, der sich dazu einbringen will, auch hören und die Argumente sorgfältig abwägen.“

Wenzel bezeichnete Angler gestern als die „besten Bündnispartner, wenn es um Naturschutz geht“. Eine einseitige Liebesbekundung. Die Angler sind weiterhin skeptisch. Zwar habe sich mittlerweile gezeigt, dass die Landkreise für

die Kritik der Angler sensibilisiert seien, sagte Heinz Pyka, Vize-Präsident des Anglerverbands Niedersachsen der HAZ. „Wir sind aber nach wie vor der Meinung, dass das Papier vom Tisch muss.“ Das Land solle gemeinsam mit

den Anglern eine neue Vorlage für die Kreise erarbeiten.

Das Land steht unter Zeitdruck. Die EU drängt auf die zeitnahe Ausweisung umfangreicher Schutzmaßnahmen. Sonst drohen Geldstrafen.

## Schutz für exotische Tiere

**Der Kampf gegen illegalen Exotenhandel** stand ebenfalls auf der Tagesordnung im Landtag. Laut Miriam Staudte (Grüne) werden jedes Jahr bis zu 850 000 Reptilien nach Deutschland eingeführt.

**Die Überforderung der Halter**, die sich solche Tiere – auch legal – anschaffen, verschärft das Problem noch. Ausgesetzte Tiere müssten aufwendig versorgt werden.

„Tiere sind keine Sachgegenstände“, betonte FDP-Mann Hermann Grupe. Gleichzeitig gab er zu bedenken, dass strengere Vorschriften Halter auch in den Untergrund zwingen könnten.

**Im Ausschuss für Ernährung**, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung soll das Thema nun bearbeitet werden. Der Komplex steht auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – der Landtag hofft auf Beschleunigung.